

P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 13 - Forstwirtschaft -

Dazu sagt die Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Irene Fröhlich**:

Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 259.01 / 27.09.2001

Naturnahe Waldwirtschaft statt Ausverkauf!

Die FDP hat ausnahmsweise Recht, zumindest mit der Einleitung ihres Antrages. Schleswig-Holstein ist ein waldarmes Land. Richtig daher auch: Umso höher ist der Druck vielfältiger Ansprüche, die von der Natur - nicht nur von den Naturschützern! - von den BürgerInnen und von den EigentümerInnen an unsere Wälder gestellt werden.

Unsere Wälder sollen der ganzen Vielfalt der waldspezifischen, einheimischen Tier- und Pflanzenarten ein Überleben ermöglichen. Dies wird nur mit standortgerechten, also boden- und klimagemäßen Wäldern aus einheimischen Baumarten möglich sein. Darüber hinaus ist eine Bewirtschaftung erforderlich, die die Bedingungen unbewirtschafteter Urwälder möglichst gut nachahmt, z.B. durch den Verbleib von Totholz im Wald oder durch Einzelstammentnahme an Stelle von Kahlschlägen.

Unsere Wälder sollen den Bürgerinnen und Bürgern zur Erholung dienen. Sie sollen gut zugänglich und erlebnisreich sein. Sie sollen geruhsame Entspannung genauso ermöglichen wie sportliche Betätigung.

Aber unsere Wälder sind ganz klar auch - mit einigen Ausnahmen - Wirtschaftsflächen. Ihre EigentümerInnen haben ein berechtigtes Interesse an guten Erträgen aus Holzeinschlag und jagdlicher Nutzung. Und schließlich haben unsere Wälder noch weitere Funktionen, z. B. als Wasserspeicher, auf die ich hier gar nicht weiter eingehen will.

All diese Ansprüche gilt es mit einer nachhaltigen Waldpolitik unter einen Hut zu bringen.

Ich bin überzeugt, dass wir mit unserer schleswig-holsteinischen Waldpolitik in den letzten Jahren ein gutes Stück auf dem Weg zu dieser Synthese von ökologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ansprüchen vorangekommen sind. Als Beispiel nenne ich nur die Zertifizierung von fast 50.000 Hektar Landesforsten mit dem FSC-Siegel (Forest Stewardship Council) für nachhaltige Forstwirtschaft. Damit hat Schleswig-Holstein eine bundesweit führende Rolle eingenommen.

Ich bin auch überzeugt, dass eine extensive, naturnahe Waldnutzung, die sich mit geringeren Erträgen zufrieden gibt, dafür aber auch deutlich niedrigere Personalkosten verursacht, auf lange Sicht auch eine ökonomisch selbsttragende Lösung darstellt.

Problematisch ist jedoch die Phase des Übergangs, in der wir uns zur Zeit befinden. Leider fällt sie zusammen mit einer Phase der zwingend erforderlichen Haushaltskonsolidierung. Dies zwingt uns dazu, alle Einzelheiten der Waldpolitik und alle Einzelausgaben erneut auf den Prüfstand zu stellen. Dies war der Hintergrund des Auftrages des Kabinetts an das Umweltministerium, alternative Organisationsformen der Landesforstverwaltung zu prüfen.

Der Antrag der FDP enthält dazu durchaus einige vertretbare, aber teilweise auch sehr fragwürdige oder sogar grundfalsche Ansätze.

So sind auch wir der Ansicht, dass das Land sein Eigentum an den landeseigenen Waldflächen nicht aufgeben darf. Sicher kann die Landesforstverwaltung Dienstleistungen auf anderen öffentlichen Flächen erbringen. Wesentliche Einsparungen sind aber mit einer solchen "linke-Tasche-rechte-Tasche-Finanzierung" der Landschaftspflege nicht zu erbringen.

Was jedoch verbirgt sich hinter dem Vorschlag, Leistungen, die für den Betrieb der Forstbetriebe nicht erforderlich sind, von den Leistungsnehmern entgelten zu lassen? Eintritt für Spaziergänger? Ausgleichszahlungen für tote Bäume? Ich vermute es geht mal wieder um die alte Forderung der Opposition, Naturschutzleistungen nur gegen Ausgleichszahlungen - zu deutsch also Steuermittel - zu erbringen. Das lehnen wir strikt ab.

Kosten des Natur- und Umweltschutzes, aber auch andere gesamtgesellschaftliche Nebenfunktionen einer Wirtschaftsweise müssen über die Endverbraucherpreise, nicht über die Steuern getragen werden. Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Es ist volkswirtschaftlich grundfalsch, erst durch falsch verstandene Deregulierung zugunsten billiger Produkte Schäden zuzulassen und diese dann mit Steuermitteln wieder zu reparieren.

Der Antrag braucht also noch deutliche Korrekturen. Wir werden daher für eine Verweisung in den Umweltausschuss stimmen.